

Sitzungsniederschrift

7. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.105, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 24.03.2017	Sitzungsbeginn: 12:36 Uhr	Sitzungsende: 13:53 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU	
Mitglieder		
Bargmann, Bodo	CDU	
Harms, Antje	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Klopsch, Ute	AfD	Vertretung für Herrn Holger Looden
Meyer, Alfred	SPD	
Röben, Hinrich	SPD	Vertretung für Frau Julia Feldmann
Roß, Helmut	Roß	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Strömer, Wilhelm	FW	
Grundmandat		
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Verwaltung		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzwirtschaft
Weber, Harm-Uwe		Landrat

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Feldmann, Julia	SPD
Looden, Holger	AfD
Siebels, Wiard	SPD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|-----|--|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.03.2017 |
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: IX/2017/059 |
| 7. | Bildung einer Rückstellung für die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden
Vorlage: IX/2017/068 |
| 8. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen |
| 9. | Einwohnerfragestunde |
| 10. | Schließung der Sitzung |

Öffentlicher Teil:**TOP 1** **Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel eröffnete um 12.36 Uhr die 7. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Röben nahm als Vertreter für die Abgeordnete Feldmann, Abgeordneter Ihnen nahm als Vertreter für den Abgeordneten Siebels und Abgeordnete Klopsch nahm als Vertreterin für den Abgeordneten Looden an der Sitzung teil.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Saathoff bat darum, die Tagesordnung um den Punkt „Bildung einer Rückstellung für die Kreisvolkshochschule Aurich-Norden“, Beschlussvorlage IX/2017/068, zu erweitern.

Die Tagesordnung wurde mit dieser Änderung einstimmig festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.03.2017

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel bat darum, ihren Wortbeitrag unter TOP 6 auf der Seite 6 unten nach dem dritten Satz wie folgt zu ändern:

„Der steigenden Mitarbeiter/innenzahl stehe keine steigende Bevölkerungszahl gegenüber. Im Vergleich zu anderen vergleichbaren Landkreisen sei unsere Verwaltung teuer. Da Verwaltungsstrukturen sich immer sehr unterscheiden, könne man sie schlecht vergleichen, aber die Struktur im Landkreis Aurich schein sehr teuer zu sein. Vergleichszahlen im Vorbericht, z.B. die Zahlen aus den Landkreisen Celle, Rotenburg-Wümme, Lüneburg u.a. seien wünschenswert. Andere Landkreise würden solche Vergleiche in den Vorbericht stellen.“

Der Satz 7 könne so bestehen bleiben.

Dieser Änderung wurde zugestimmt.

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Finanzausschusses am 14.03.2017 wurde mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

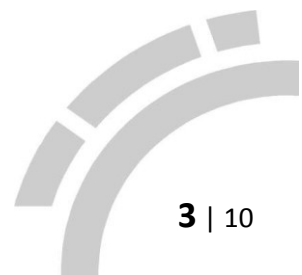
⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

**TOP 6 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: IX/2017/059**

Zu Beginn der Sitzung wurden die Anlagen 1 bis 5 zur Niederschrift an die Anwesenden verteilt.



Landrat Weber informierte, dass er bezüglich der Haushaltsplanung Gespräche mit den Mehrheitsfraktionen SPD und CDU geführt habe. Man habe sich darauf geeinigt, die Stellen der stellvertretenden KVHS-Leiter nach der Besoldungsgruppe A 14, und nicht wie vorgesehen nach A 15, auszuweisen. In der Sitzung des Betriebsausschusses der Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden am 20.03.2017 habe die Mehrheitsgruppe einen Empfehlungsbeschluss gefasst, dass im Wirtschaftsplan 2017 ein Zuschuss seitens des Landkreises in Höhe von 250.000 € (bisher 500.000 €) eingeplant werde.

Bezüglich des Zuschusses an das Europahaus in Höhe von 25.000 € bestehe Einvernehmen, dass die Mittel nicht in den Haushaltsplan eingestellt werden sollen. Sobald das Europahaus aktuelle Zahlen vorgelegt habe, könne im Rahmen einer außerplanmäßigen Aufwendung oder des Erlasses eines Nachtragshaushaltsplanes über einen Zuschuss beraten werden.

Abgeordneter Jelken fragte nach, wer den Zuschuss für das Europahaus im Bedarfsfall freigebe.

Landrat Weber antwortete, dass im Falle der Gewährung eines Zuschusses bis max. 25.000 € an das Europahaus eine Entscheidung der politischen Gremien eingeholt werde.

Landrat Weber führte weiter aus, dass von der CDU/FW/FDP-Gruppe eine Einsparung bei den Personalaufwendungen gefordert worden sei. Eine Einigung sei bei einer Personalkostenreduzierung in Höhe von 800.000 € erzielt worden. Zurzeit werde noch geprüft, inwieweit die Stellen auch im Stellenplan gestrichen werden können.

Durch die hohe Anzahl der dem Landkreis Aurich zugewiesenen Asylbewerber im Jahr 2015 seien zur Aufgabenerledigung im Sozial- und Ordnungsamt im Rahmen des Nachtragshaushaltsplanes 2015 zusätzliche Stellen eingerichtet worden. Die Zahl der Asylbewerber sei zurückgegangen, sodass die zusätzlichen Stellen teilweise bisher nicht besetzt worden seien. Für diesen Bereich würden die Personalaufwendungen um 250.000 € reduziert werden. Eine Streichung dieser Stellen aus dem Stellenplan dürfe nicht erfolgen, um bei einem entsprechenden Bedarf zeitnah reagieren zu können.

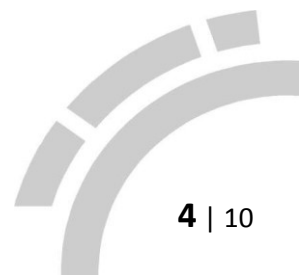
Eine weitere Einsparung in Höhe von 550.000 € solle beim Personalwechsel in den Ämtern erfolgen. Hier habe man in den vergangenen Jahren bereits Einsparungen erzielen können.

Abgeordneter Strömer meinte, dass für jede Stelle auch ein entsprechender Personalaufwand eingeplant sein müsse. Dieses müsse entsprechend geprüft werden.

Landrat Weber erläuterte, dass im Stellenplan insgesamt 34 neue Stellen enthalten seien. Weil die Einstellungen voraussichtlich erst zum 01.07.2017 erfolgen würden, seien diese Stellen nicht ab dem 01.01.2017, sondern erst ab dem 01.07.2017 mit Geld hinterlegt. Es sei nicht ungewöhnlich, Stellen im Stellenplan zu haben, die nicht mit Geld hinterlegt seien.

Abgeordnete Klopsch fragte nach, ob es eine Wiederbesetzungssperre gebe.

Landrat Weber antwortete, dass es keine Wiederbesetzungssperre gebe. Wenn ein personeller Bedarf bestehe, erfolge eine Wiederbesetzung mit entsprechender Beratung im Personalausschuss.



Abgeordneter Strömer teilte mit, dass die FW-Fraktion einen Antrag auf Einrichtung einer Einstellungs- und Beförderungssperre gestellt habe. Dieser Antrag sei bereits in der Sitzung des Personalausschusses am 23.03.2017 beraten worden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel informierte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen drei Anträge zur heutigen Sitzung eingereicht habe. Diese seien den Anwesenden auch heute als Tischvorlage zur Verfügung gestellt worden. Sie erläuterte die drei Anträge gemäß der Anlagen 1 bis 3.

In den Teilhaushalten des Ergebnishaushaltes solle eine Einsparung bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Ziffer 02.07) in Höhe von 805.000 € vorgenommen werden (Anlage 1). Bei der Ausarbeitung seien das Sozialamt und das Jobcenter bewusst außen vor gelassen worden. Bei den Ämtern Technisches Gebäudemanagement und dem Gesundheitsamt seien aufgrund der vorläufigen Ergebnisse Erhöhungen in Höhe von insgesamt 65.000 € vorgeschlagen worden.

Sollten die beantragten Reduzierungen nicht passend sein, könne eine Feststellung in den Budgetberichten erfolgen und evtl. ein Nachtragshaushaltsplan erlassen werden.

Sie wünsche sich, diese Thematik in der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung zu besprechen.

Landrat Weber sagte, dass in dem Teilhaushalt des Inneren Dienstes (Amt 10) keine Reduzierung vorgenommen werden könne, weil in dem Haushaltsansatz die Aufwendungen für den Bürgerentscheid zum Zentralklinikum in Höhe von 250.000 € enthalten seien.

Frau Saathoff erläuterte, dass der Gliederung 02.07 verschiedene Sachkonten zugeordnet seien. Die Aufwendungen seien nicht in allen Jahren gleich. In den einzelnen Teilhaushalten würden u.a. folgende Positionen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen gebucht werden:

Teilhaushalt 00 Verwaltungsführung	in erster Linie Reisekosten und Verfügungsmittel des Landrates
Teilhaushalt 10 Innerer Dienst	Wahlen (z.B. Bürgerentscheid Zentralklinikum), Post (in den letzten Jahren Steigerungen), Aufwendungen für Ehrenamtliche
Teilhaushalt 11 Personalwesen	40.000 € zusätzlich für den Betriebsarzt, der sonst beim Amt 53 gebucht wurde
Teilhaushalt 14 Rechnungsprüfungsamt	überwiegend Reisekosten
Teilhaushalt 20 Zentrale Finanzverwaltung	Erstattungen an die Abfallwirtschaft für den übertragenen Wirkungskreis, Erstattungen an KIDO Wilhelmshaven
Teilhaushalt 41 Schulen	Schullastenausgleich

Eine Reduzierung der Haushaltsansätze sei nicht möglich, so **Frau Saathoff**.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erklärte, dass die von Frau Saathoff erwähnten Aufwendungen laufend anfallen würden. Sie störe sich daran, dass die Ansätze in den letzten Jahren immer wieder erhöht worden seien. Die von der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion erstellte Auswertung zeige, dass die Ansätze zu hoch gewesen seien. Die Auswertung werde evtl. zum Kreistag am 28.03.2017 noch ergänzt.

Die Beförderung der Amtsleiter sei seinerzeit mehrheitlich beschlossen worden. Die Amtsleiter seien demnach so hoch qualifiziert, dass die Planung ihrer Teilhaushalte ordnungsgemäß erfolgen müsse.

Landrat Weber meinte, es sei gut, dass Frau Jeromin-Oldewurtel zu ihren Einsparvorschlägen auch konkrete Zahlen genannt habe. Entsprechend den Ausführungen von Frau Saathoff empfehle er aber, dem Antrag nicht zu folgen.

Abgeordnete Klopsch fügte hinzu, dass der Haushaltsplan immer über einen Nachtragshaushaltsplan geändert werden könne. In Bezug auf die von Frau Jeromin-Oldewurtel erläuterten Einsparvorschläge sei zu berücksichtigen, dass sich der Haushalt in einem desolaten Zustand befinde.

Landrat Weber war überrascht, dass Frau Klopsch bei einem Überschuss von ca. 2,8 Mio. € von einer desolaten Haushaltssituation sprach.

Abgeordnete Klopsch ergänzte, dass sich der Haushalt des Landkreises aufgrund der hohen Verschuldung in einem desolaten Zustand befinde.

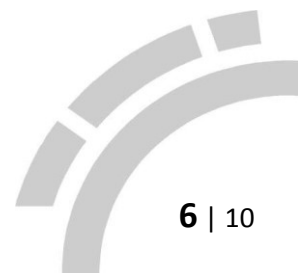
Abgeordneter Strömer fand den Antrag der Grünen-Fraktion gut und wollte den Antrag in der FW-Fraktion beraten.

Abgeordneter Meyer teilte mit, dass das Ergebnis des Haushaltes 2017 voraussichtlich erst in zwei Jahren vorliegen werde. Fraglich sei, ob es sinnvoll sei, die von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vorgeschlagenen Einsparungen vorzunehmen. Zu bedenken sei, dass die in der Vergangenheit beratenen freiwilligen Aufgaben zum Teil gar nicht so freiwillig seien, da es sich beispielsweise um die Ausführung von Kreistagsbeschlüssen handele. Er appellierte an die Verwaltung, mit den Haushaltsmitteln restriktiv umzugehen. Nach Beschlussfassung zum Haushalt sei vor dem Hintergrund der negativen Entwicklung der Folgejahre eine Fortsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen ratsam.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel war der Meinung, dass die Finanzverwaltung den Haushaltsplan sehr konservativ plane, die Ausgaben seien zu hoch und die Einnahmen zu niedrig geplant. Würde in der freien Wirtschaft ein Geschäftsführer den Wirtschaftsplan einer GmbH so planen wie die Verwaltung des Landkreises, sei von Konsequenzen auszugehen. Sie verwies erneut auf den Antrag, 805.000 € im Ergebnishaushalt einzusparen.

Abgeordnete Seelgen sagte, dass es ihrer Meinung nach grundsätzlich richtig sei, über die von der Bündnis 90 / Die Grünen-Fraktion vorgeschlagene Einsparung nachzudenken. Hierzu solle heute aber keine Entscheidung getroffen werden. Zu bedenken sei, dass bei fest verplanten Mitteln wenig Spielraum für die politische Entscheidungsfreiheit bei den freiwilligen Leistungen bestehe.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erläuterte den Antrag auf Gewährung eines Zuschusses an das Europahaus gemäß der Anlage 2. Bei dem Europahaus handele es sich um eine wichtige Einrichtung, für die Arbeitnehmer sei das Europahaus ein zuverlässiger Arbeitgeber. Zur Verbesserung der finanziellen Situation hätten die Arbeitnehmer bereits auf Teile ihrer Vergütung verzichtet. Sie spreche sich daher dafür aus, dem Europahaus den Zuschuss in Höhe von 25.000 € sicher zuzusagen.



Landrat Weber machte Frau Jeromin-Oldewurtel darauf aufmerksam, dass sie die Thematik im letzten Jahr anders gesehen habe.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel betonte, dass sie aber in diesem Jahr eine Gegenfinanzierung (Einsparungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen) vorgelegt habe.

Abgeordnete Harms teilte mit, dass seitens der SPD-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt werde. Sie gehe davon aus, dass das Europahaus ein neues Konzept erstellen und die Zusammenarbeit mit der KVHS stärken werde und sich die finanzielle Situation des Europahauses hierdurch verbessern werde. Bei der Endabrechnung des Europahauses sei ein Zuschuss bis max. 25.000 € denkbar.

Abgeordneter Bargmann meinte, dass das Europahaus sowohl bei der Stadt als auch beim Landkreis schon seit mehreren Jahren Thema sei. In dem Gebäude herrsche ein hoher Sanierungstau, der voraussichtlich in den nächsten 10 Jahren anhalten werde. Er habe die Hoffnung, dass mit der neuen Leiterin des Europahauses eine Verbesserung eintrete. Auch er sprach sich für die von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahrensweise aus. Das Europahaus müsse sich neu aufstellen. Wenn die Neuausrichtung plausibel sei, sei die CDU-Fraktion auch gerne bereit, einen Zuschuss zu zahlen.

Landrat Weber sagte, dass sich das Europahaus seit drei bis vier Jahren in finanziellen Schwierigkeiten befinde. Hintergrund sei u.a., dass die theoretische Ausbildung für Zivildienstleistende beim Europahaus weggefallen sei und dadurch weniger Einnahmen zu verzeichnen seien.

Abgeordneter Strömer stimmte dem Abgeordneten Bargmann zu, die grundlegende Ausrichtung des Europahauses und eine Konzeptvorlage abzuwarten.

Abgeordnete Seelgen sprach sich für die Gewährung des Zuschusses an das Europahaus aus. Das Europahaus erfülle einen Bildungsauftrag und aus diesem Grund solle der Förderung stattgegeben werden.

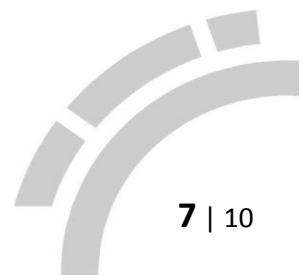
Abgeordneter Meyerholz votierte für die Einrichtung einer institutionellen Förderung, damit nicht in jedem Jahr wieder über den Zuschuss diskutiert werden müsse.

Abgeordneter Strömer schlug eine Beratung in den Fraktionen vor.

Abgeordneter Roß machte den Vorschlag, zur Unterstützung der Gemeinden eine Senkung der Kreisumlage vorzunehmen.

Landrat Weber informierte, dass der Haushaltsplan in dieser Woche den Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden vorgestellt worden sei. Die Bürgermeister hätten eine höhere Beteiligung des Landkreises an den Kosten für die Kindertagesstätten gefordert. Es bestehe Einigung, den Hebesatz für die Kreisumlage unverändert zu belassen. Der Landkreis genehmige die Haushalte der Gemeinden, daher wisse er, dass die finanzielle Situation der Gemeinden gut sei. In den letzten Jahren seien außerdem einige Gemeinden entschuldet worden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erläuterte den Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen-Fraktion zur Reduzierung der investiven Haushaltsansätze (Anlage 3). Zur Senkung der Nettoneuverschuldung schlage die Grünen-Fraktion eine Reduzierung des Haushaltsansatzes für den Ausbau und die investive Erneuerung von Kreisstraßen (- 450.000 €)



und den Zuschüssen an die Gemeinden zur Tourismusförderung (- 400.000 €) vor. Ihrer Meinung nach seien die Zuweisungen an die Gemeinden wenig vorteilhaft für den Tourismus. Es gebe viele Wünsche, wie z.B. den Neubau der IGS Aurich-West und die Breitbandversorgung. Welche Wünsche im nächsten Jahr kommen würden, sei zurzeit noch nicht absehbar. Die Nettoneuverschuldung werde jedes Jahr erhöht. Durch die jetzt vorgeschlagenen Einsparungen werde eine Reduzierung der Nettoneuverschuldung erreicht. Sie sprach sich dafür aus, für die Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung Termine für das Jahr 2017 festzulegen.

Abgeordneter Meyer fasste zusammen, dass in der heutigen Sitzung auf der einen Seite der Vorschlag gekommen sei, die Kreisumlage zu senken und auf der anderen Seite die Fördermittel für die Gemeinden zu reduzieren. Die Fördermittel seien als eine Art Rückführung der Kreisumlage anzusehen und von daher nicht zu kürzen.

Landrat Weber betonte, dass eine Reduzierung um 450.000 € bei der investiven Erneuerung der Kreisstraßen bei dem schlechten Zustand der Kreisstraßen nicht möglich sei. Er sei aus diesem Grund gegen eine Reduzierung. Bei der Tourismusförderung sehe es zurzeit so aus, dass die Förderung derartiger Projekte nach 2017 nicht mehr im EU-Förderprogramm enthalten sei und daher die Möglichkeit, entsprechende Investitionen zukünftig überhaupt zu finanzieren, abgewartet werden müsse.

Abgeordneter Bargmann fand den Gedanken zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung gut. Für die Erneuerung der Kreisstraßen seien die Mittel dringend erforderlich. Er habe sich über die Äußerungen von Frau Jeromin-Oldewurtel, dass die Tourismusförderung nicht vorteilhaft sei, geärgert. Die Gemeinden würden das Geld benötigen. Die Beschlüsse zu den Investitionen im Tourismusbereich seien in den Gemeinden gefasst worden. Es sei nicht korrekt vom Landkreis „von oben den Daumen drauf zu halten“. Es handele sich um Entscheidungen auf kommunaler Ebene, eine Reduzierung seitens des Landkreises sei nicht richtig.

Abgeordnete Harms wies darauf hin, dass nicht nur die Kreisstraßen, sondern auch die Radwege in einem schlechten Zustand seien. Die Mittel seien dringend notwendig.

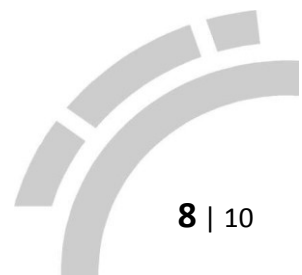
Abgeordneter Strömer stimmte den Ausführungen des Abgeordneten Bargmann bezüglich der Kreisstraßen zu. Er regte an, die Finanzbeziehungen zwischen den Gemeinden und dem Landkreis zu überdenken.

Abgeordneter Strömer kündigte einen Antrag der FW-Fraktion zum Einstellungs- und Beförderungsstopp an. Eine erste Beratung habe bereits im Personalausschuss stattgefunden. Dort sei der Antrag in die Fraktionen verwiesen worden. Er werde noch in der Gruppe der CDU/FW/FDP besprechen, ob der Antrag auch zum Kreistag am 28.03.2017 gestellt werde.

Abgeordneter Meyerholz erkundigte sich nach dem Schuldenstand zum 31.12.2016.

Frau Saathoff informierte, dass der langfristige Kreditbestand zum 31.12.2016 bei 136 Mio. € liege, die tatsächliche Verschuldung jedoch um 8 bis 9 Mio. € höher liege (zurzeit Vorfinanzierung aus Liquiditätskrediten).

Der Stand der Liquiditätskredite bei den Banken liege zum 31.12.2016 bei 10,5 Mio. €. In der jetzt vorgelegten Haushaltssatzung sei der Höchstbetrag der Liquiditätskredite auf 60 Mio. € und somit im genehmigungsfreien Bereich festgelegt worden.



Frau Saathoff führte aus, dass in der aktuellen Satzung die Reduzierung in Höhe von 800.000 € bei den Personalaufwendungen und -auszahlungen eingearbeitet sei. Die Erträge und Aufwendungen seien in der Haushaltssatzung ausgeglichen, weil der Überschuss in Höhe von 2.789.400 € gem. § 15 Abs. 5 Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung bei den Aufwendungen eingeplant werden müsse. Hier sei eine Gesetzesänderung dahingehend vorgesehen, dass der Überschuss auch in der Satzung ausgewiesen werde.

Abgeordneter Bargmann bat darum, die Einsparung bei den Personalaufwendungen in Höhe von 800.000 € ebenfalls im Stellenplan sichtbar zu machen. Bei den neuen Stellen 2017 seien laut Auskunft von Landrat Weber die Personalaufwendungen nur für ein halbes Jahr eingeplant worden. Ab dem Jahr 2018 seien die Personalaufwendungen für ein komplettes Jahr einzuplanen. Dies sei aus den Planzahlen der Folgejahre so nicht ersichtlich.

Landrat Weber machte deutlich, dass er einer kompletten Reduzierung der Personalaufwendungen im Stellenplan nicht zustimmen werde.

Abgeordneter Strömer stimmte den Ausführungen von Herrn Bargmann zu.

Landrat Weber schlug vor, ähnlich wie bei den A14-Stellen der Amtsleiter, einen Sperrvermerk bei einigen Stellen aufzunehmen.

Abgeordneter Bargmann fragte nach, ob dieser Vorschlag bis zur Kreistagssitzung am 28.03.2017 ausgearbeitet werden könne.

Landrat Weber sagte, er lasse die Möglichkeit prüfen.

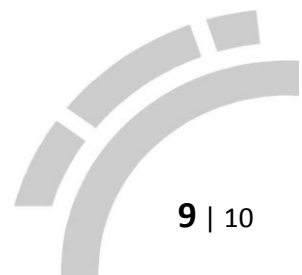
Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beschlussvorschlag an den Kreisausschuss/Kreistag verwiesen.

TOP 7 **Bildung einer Rückstellung für die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden**
 Vorlage: IX/2017/068

Landrat Weber erläuterte die Tischvorlage zur Bildung einer Rückstellung für die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden. Die Rückstellung solle für evtl. Anlaufverluste, die aus der Fusion 2016 im Wirtschaftsjahr 2017 zu erwarten seien, gebildet werden.

Abgeordneter Meyerholz erkundigte sich, warum der Betriebsausschuss 250.000 € im Wirtschaftsplan eingeplant habe und der Landkreis eine Rückstellung bilde. Er frage sich, wie das zusammen passe.

Landrat Weber sagte, dass der Betriebsausschuss den Zuschuss als erwartete Einnahme aufgenommen habe.



Im Jahresabschluss 2016 ist eine Rückstellung für ggf. später auszugleichende Verluste des Eigenbetriebes Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden in Höhe von 250.000 € auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0

➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 8 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Wachstumsregion Ems-Achse e.V.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erkundigte sich, wofür die 40.000 € für die Wachstumsregion Ems-Achse e.V. ausgegeben würden.

Frau Saathoff sicherte eine Information im Protokoll zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Wachstumsregion Ems-Achse e.V. erhält einen jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 40.000 €, der zur anteiligen Deckung der Personal- und Sachkosten verwendet wird.

Nähere Informationen sind der Internetseite www.emsachse.de zu entnehmen.

TOP 9 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 10 Schließung der Sitzung

Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 13.53 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin